

Reformprozess PTG 2015

Die BPtK (**Bundespsychotherapeutenkammer**) hat nach den Beschlüssen vom 25. DPT umgehend das BMG informiert und im Rahmen des **Projektplans „Transition“** im Januar 2015 ein umfassendes Konzept vorgelegt, wie sie sich in einem geregelten Verfahren an den Vorarbeiten des BMG und anschließend an dem Gesetzgebungsverfahren beteiligen will. Bis zu einer umfassenden Novellierung des PTG will die BPtK darauf hinwirken, dass die Zugangsvoraussetzungen auf ein einheitliches Masterniveau bundeseinheitlich geregelt werden.

Auf der Grundlage des Berufsbildes und den daraus abgeleiteten Kompetenzprofile sollen Details für eine Approbationsordnung erarbeitet werden. Ebenfalls sollen angemessene Übergangsregelungen und eine Vorlage von Eckpunkten für eine Weiterbildung mit entsprechenden Qualifikationsstrukturen erstellt werden.

Die Koordinierung und Steuerung des Projektes liegen beim Vorstand der BPtK. Zur engen und kontinuierlichen Abstimmung mit den Landeskammern wurde eine „Bund-Länder-Arbeitsgruppe Transition“ gegründet. *(die KJP fordern vergleichbar zum Länderrat eine Präsenz in dieser AG)*

Die BPtK-Ausschüsse sollen in den Prozess einbezogen werden, ebenso wie interne und externe Experten, sowie die Verbände und Organisationen. Die Ergebnisse werden auf den Deutschen Psychotherapeutentagen zur Diskussion und ggfs. zur Abstimmung gestellt. *(Der umfassende Projektplan kann in der Geschäftsstelle angefordert werden.)*

Das **Bundesgesundheitsministeriums** (BMG), Frau Knufmann-Happe, lud für den 5. Februar 2015 zu einem **Auftaktgespräch** nach Bonn ein.

Eingeladen waren die BPtK, der Wissenschaftl. Beirat Psychotherapie, Vertreter der Kultus- und Gesundheitsministerien der Länder, Vertreter der Hochschulen, AG's der Ausbildungsinstitute, die Berufs- und Fachverbände der PP und KJP und die Bundeskonferenz Psychotherapeuten in Ausbildung.

Auf dieser Veranstaltung erläuterte zunächst Prof. Richter (Präsident der BPtK) den DPT Beschluss und Prof. Rief stellte für die DGP's (Deutsche Gesellschaft für Psychologie) deren Modell der Direktausbildung Psychotherapie vor. Auf der vierstündigen Veranstaltung war anschließend Zeit für Nachfragen und kritische Anmerkungen. Frau Knufmann-Happe fasste zum Schluss zusammen:

- es wird eine Direktausbildung geben!
- der Praxisanteil muss geklärt und die
- Strukturprobleme an den Hochschulen müssen gesehen werden.
- die Weiterbildung unter Einbeziehung der Ausbildungsinstitute muss mitgedacht werden.
- es sind Gespräche mit den Ländern, insbes. im Kultus- und Gesundheitsbereich notwendig

Hierzu wird es zwei Arbeitsgruppen zum Komplex Approbation / Staatsexamen und Weiterbildung geben.

Der bjk war an einem Abstimmungsprozess beteiligt, in dem eine Fokussierung der kritischen Fragen und wesentlichen Forderungen erarbeitet wurde. Nachfolgend eine subjektive und sicher nicht vollständige Zusammenfassung der Positionierungen in dem Auftaktgespräch:

- die Vermittlung aller vier im DPT Beschluss benannten Verfahren muss im Studium mit Strukturqualität gesichert sein
- die Vermittlung von Theorie und Praxis für alle Altersstufen ist zu gewährleisten
- die Approbation nach dem Studium erfordert einen ausreichenden Praxisbezug, der dem Patientenschutz und die Qualität der Ausbildung sichert
- die Finanzierung der Studiengänge und der Weiterbildung muss unter Einbeziehung der Ausbildungsinstitute sichergestellt sein
- Psychotherapie ist mehr als Individualpsychologie und Psychotherapiewissenschaft
- bei den KJP hat der hohe Anteil pädagogischen und sozialpädagogischen Kompetenzen ganz wesentlich die Qualität dieses Heilberufs mitbestimmt
- die Vertreter der Kultusministerien der Länder lehnten einen Studiengang, der mit einem Staatsexamen abschließt kategorisch ab und forderten eine Berufsqualifizierung nach dem Bachelor
- während der wissenschaftliche Beirat und die DGP's einen konsekutiven Studiengang befürworteten, forderte der Vertreter der psychodynamischen Hochschulen die Möglichkeit eines Quereinstiegs in den Masterstudiengang Psychotherapie, um einen breiteren Zugang zu ermöglichen und formulierte die Überlegung einen Praxisteil nach dem Masterabschluss vor der Approbationsprüfung einzuplanen.
- die Arbeitsgemeinschaft der Landesgesundheitsministerien forderte eine sofortige Regelung des Zugangs zur Ausbildung auf Masterniveau

Prof. Richter benutzte das Bild eines steinigen Weges, der nun von allen Beteiligten gegangen werden müsse, das Ziel der Direktausbildung mit geregelter Weiterbildung wurde in der Veranstaltung nicht mehr in Frage gestellt.

Der bkj wird auch in dem weiteren Prozess die Umsetzung einer Direktausbildung kritisch begleiten und sich für die besonderen Inhalte einer qualifizierten Aus- und Weiterbildung für die Behandlung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen in ihren Familien einsetzen. Ein anerkannter Status als Facharzt wie der, der Kinder- und Jugendärzte ist eine lohnende Perspektive.

Matthias Fink